Ressort: Finanzen

Bundesbank-Präsident kritisiert Rettungspaket für Griechenland

Frankfurt/Main, 09.12.2012, 01:00 Uhr

GDN - Bundesbank-Präsident Jens Weidmann hat sich besorgt über die geplante Finanzierung des neuen griechischen Hilfspakets geäußert. "Die Euro-Finanzminister werden den Finanzierungsbedarf durch neue Hilfskredite und erstmals auch echte Transfers aus ihren jeweiligen Haushalten decken. Bedauerlicherweise sind die Notenbanken damit nicht aus dem Schneider", sagte Weidmann der "Welt am Sonntag".

Konkret kritisierte er, dass Griechenland einen Teil seines Finanzbedarfs über sogenannte T-Bills, also Anleihen mit sehr kurzer Laufzeit - finanzieren wird. "Der griechische Staat wird diese T-Bills, für die es praktisch keinen Markt gibt, vorwiegend an die heimischen Geschäftsbanken ausreichen, die sich wiederum zu einem großen Teil aus Zentralbankmitteln finanzieren", sagte der Bundesbank-Präsident. Bisher sei vorgesehen gewesen, diese kurzfristigen T-Bills weitgehend zurückzuführen. "Davon ist jetzt keine Rede mehr. Ich sehe das mit Sorge, denn so füllen die Notenbanken einen Teil des Finanzierungsbedarfs." Die Finanzminister der Euro-Zone und der Internationale Währungsfonds (IWF) hatten sich Ende November auf weitere Hilfszahlungen an Griechenland in Höhe von 43,7 Milliarden Euro verständigt und das Land damit vorerst vor dem finanziellen Kollaps gerettet. Trotz der beschlossenen Maßnahmen sei die Schuldentragfähigkeit des Landes kein Selbstläufer, sagte Weidmann weiter. Dennoch sei es richtig gewesen, "zum jetzigen Zeitpunkt" keinen umfassenden Schuldenschnitt vorzunehmen. "Das wäre ein umfassender Transfer, der vergangene Programmverfehlungen belohnen würde, ohne die grundlegenden Probleme Griechenlands zu lösen." Wenn überhaupt, dann sollte ein künftiger Schuldenschnitt nur für den Fall in Aussicht gestellt werden, dass der Reformweg erfolgreich beschritten wurde. Ähnlich hatte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel vor kurzem geäußert. Weidmann stellte zudem klar, dass es einen freiwilligen Forderungsverzicht der Notenbanken nicht geben dürfe: "Das wäre ein eindeutiger Verstoß gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3790/bundesbank-praesident-kritisiert-rettungspaket-fuer-griechenland.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619